



# 30 Jahre Tschernobyl – Für eine Welt ohne Atomgefahren!

**Kolumne von Hubertus Zdebel, 26. April 2016**

Foto: [flickr.com/cephir](https://www.flickr.com/photos/cephir/)

Von Hubertus Zdebel, Sprecher für Atomausstieg der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Tschernobyl im 30. Jahr nach der Atomkatastrophe. Ein Ort, von dem immer noch immense Gefahren ausgehen, denn das Dach des damals in aller Eile über den explodierten Reaktor 4 gebauten Sarkophags droht einzustürzen und erst im nächsten Jahr wird die für rund zwei Milliarden Euro neu errichtete Schutzhülle einsatzbereit sein.

Hunderttausende haben durch die Reaktorkatastrophe und die improvisierten Aufräumarbeiten ihr Leben verloren, mussten ihre Heimat verlassen. Die Umgebung von Tschernobyl bleibt für vermutlich noch tausende von Jahren Todeszone und Sperrgebiet. Atomenergie ist nicht kontrollierbar und sie ist tödlich.

Eine Erkenntnis, der sich Atomkonzerne und Staaten immer noch verweigern, weil starke wirtschaftliche

Interessen und militärische Macht mit dieser verhängnisvollen Technologie einhergehen und eine Art Bündnis hervorgebracht haben, bekannt als der militärisch-industrielle Komplex. Interessen und Macht, die auch den gleich dreifachen Super-GAU von Fukushima zu ignorieren versuchen.

Tschernobyl und die Folgen haben sich in Deutschland und in vielen Staaten Europas ins kollektive Gedächtnis eingegraben. In den Tagen nach der Katastrophe in Tschernobyl stiegen die Radioaktivitätswerte erst in Schweden, dann überall im Westen. Nahrungsmittel wurden zu radioaktivem Abfall, Kinder durften Milch nicht trinken oder nicht im Freien spielen. Regenwolken wurden zur atomaren Bedrohung. Tausende Kinder und Jugendliche vor allem in den besonders schwer betroffenen Gebieten in Weißrussland erkrankten an Schilddrüsenkrebs.

Spätestens nach Tschernobyl im April 1986 und seitdem durchgängig war und ist eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gegen die Atomenergienutzung. Doch wie mächtig die Interessen hinter der Atomenergie sind, zeigte sich nicht nur durch den Beschluss der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, die noch Ende 2010 die Laufzeitverlängerung gegen einen massenhaften Protest der Anti-Atom-Bewegung durchsetzte. Zwar reagierte die Merkel-Regierung nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 mit einem Schwenk, schaltete acht Atommeiler sofort ab. Aber gleichzeitig sicherte sie neun Atomkraftwerken den weiteren Betrieb. Erst in den Jahren 2021 und 2022 sollen die letzten Atommeiler in Deutschland vom Netz gehen.

Keine Frage: Es ist der Verdienst einer Anti-Atom-Bewegung und ihrer massenhaften Demonstrationen nicht nur in den Jahren 2010 und 2011, die die Bundesregierung dazu zwangen, wenigstens diesen schrittweisen Atomausstieg zu beschließen. Ohne

diese gesellschaftliche Kraft, an der sich DIE LINKE aktiv beteiligte, wäre nicht einmal das möglich gewesen, wie wir leider an den Reaktionen in anderen (europäischen) Ländern sehen können und auch daran, dass die schwarz-rote Bundesregierung den Atomausstieg nicht längst zu einem mindestens europäischen Thema gemacht hat.

Die Gefahren der Atomenergie bleiben eine akute Bedrohung. In jedem noch am Netz befindlichen Atomkraftwerk in Deutschland, Europa und der Welt ist jederzeit eine Katastrophe möglich, die große Gebiete verstrahlen und unbewohnbar machen kann. Die belgischen Atommeiler in Tihange und Doel mit ihren tausenden von Rissen in den Druckbehältern oder die Uralt-Meiler Fessenheim oder Cattenom an der deutsch-französischen Grenze sind Beispiele für das Atom-Roulette-Spiel, mit dem Konzerne und Regierungen unsere Sicherheit und Gesundheit bedrohen.

30 Jahre nach Tschernobyl mit seinen katastrophalen und bis heute andauernden Folgen bleibt der Atomausstieg als politische Forderung und Aufgabe auf der Tagesordnung. Dazu braucht es weiterhin eine starke Anti-Atom-Bewegung und unser Engagement als LINKE. Auf der Straße! Im Bundestag! Und in möglichst vielen Landesparlamenten!

Am Freitag befasst sich der Bundestag mit dem Antrag, in dem DIE LINKE fordert: Risiko-Reaktoren abschalten – Atomausstieg in Europa beschleunigen!